

BUNDESRÄTIN DORIS LEUTHARD SIEHT OSTHILFE ALS TÜRÖFFNER

Wandfluh contra Leuthard

Bundesrätin Doris Leuthard (CVP) warb im Thuner Seepark für das Osthilfegesetz. Sie erläuterte die Sicht des Bundesrates und lieferte sich mit SVP-Nationalrat Hansruedi Wandfluh (Frutigen) einen verbalen Schlagabtausch.

«Die Europäische Union», sagte Bundesrätin Doris Leuthard, «unterstützt ihre zehn neuen Mitgliedstaaten mit 33 Milliarden Franken pro Jahr.» Für die Schweiz ginge es in der Abstimmung vom 26. November um 100 Millionen Franken pro Jahr, während zehn Jahren, an diese Länder. «Wir ziehen einen direkten Profit aus dieser Investition», betonte Bundesrätin Leuthard am Mittwochabend vor 250 Zuhörern im Kongresshotel Seepark in Thun.

Sie unterstrich drei Punkte in ihrem Referat. Erstens würde diese Aufbauhilfe im Osten einen Beitrag leisten für Sicherheit, Stabilität und Frieden. «Diese Investition ist eine Investition in gute Beziehungen», erklärte die CVP-Bundesrätin weiter. Die freundschaftlichen Beziehungen solle man nicht unnötig durch eine Brückierung der EU gefährden. Als dritter Punkt erklärte Leuthard, dass es nicht darum gehe, Almosen zu verteilen. «Wir hatten letztes Jahr einen Handelsüberschuss von 1,4 Milliarden Franken mit diesen zehn Ländern», sagte sie, und dieser liesse sich noch ausbauen. Sie sehe einen «Türöffnereffekt» für Schweizer Unternehmen welche in diesen Märkten agieren möchten.

Schweiz wählt Projekte aus

«Die Finanzierung der sogenannten Kohäsionsmilliarde», erklärte die Volkswirtschaftsministerin, «kann budgetneutral erfolgen.» Einerseits würden 60 Millionen Franken an der traditionellen Osthilfe der Schweiz gestrichen. Diese traditionelle Hilfe belaufe sich momentan auf gegen 200 Millionen Franken pro Jahr. 40 Millionen Franken würden durch Erträge aus der Zinsbesteuerung von EU-Steuerpflichtigen bestritten. Die zu unterstützenden Projekte würden von der Schweiz ausgewählt, begleitet und kontrolliert, sagte Doris Leuthard weiter. Es werde nicht in einen von der EU kontrollierten Topf fliesen und auch nicht an eine ausländische Regierung bezahlt.

Zahlung richtig?

In der anschliessenden Diskussion bestritt SVP-Nationalrat Hansruedi Wandfluh die Osthilfe nicht. Er stellte sich aber gegen die zusätzliche Zahlung. «Ist diese Zahlung in dieser Phase richtig? Wie hoch sollte sie sein? Sollte sie nur für diese zehn Länder sein? Was ist die konkrete Gegenleistung?», fragte sich der Nationalrat aus Frutigen. Er halte die Aufbauphase in diesen Ländern für abgeschlossen. Zudem würden in absehbarer Zukunft aufgrund des Osthilfegesetzes zusätzliche Beiträge an die nächsten der EU beitretenden Länder aus dem Osten, Bulgarien und Rumänien, fällig.

Korrumpierte Kanäle

«Wie kann verhindert werden, dass das Geld in korrupte Kanäle fliesst?», fragte ein Zuhörer in der abschliessenden Diskussion. Bundesrätin Leuthard betonte nochmals, dass die Schweiz bereits 15 Jahre Erfahrung mit der Osthilfe habe und diese bestens funktioniere. Die Veranstaltung, welche im Rahmen der Wolfsberg-Events der UBS und auf Einladung der CVP Thun stattgefunden hatte, wurde mit einem Polit- und Networking-Apéro beschlossen.

CHRISTOPH G. SCHMUTZ